Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft
Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt
Band: - (2013)
Heft: 2: Das Rote Basel

Artikel: Im Gespräch mit Charles Stirnimann, Historiker : die Arbeiterbewegung verteidigt das "Soziale Basel"
Autor: Ryser, Werner
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-843069

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

akzent magazin | schwerpunkt

Im Gespräch mit Charles Stirnimann, Historiker

Die Arbeiterbewegung verteidigt das «Soziale Basel»

[wr] Zwischen 1935 und 1950, in jener Zeit, als unser Land eine Insel im vom Nazi-Deutschland besetzten Europa war, und in den ersten fünf Nachkriegsjahren, vertrauten die Basler (das Frauenstimmrecht war noch in weiter Ferne) die Führung ihres Gemeinwesens einer sozialdemokratischen Regierungsmehrheit an. Nicht nur zur Freude bürgerlicher Kreise. Im ganzen Land sprach man vom «Roten Basel».

Charles Stirnimann, geboren 1954 studierte in den 1980er-Jahren Geschichte an der Universität Basel, wo man sich unter der Leitung der Professoren Markus Mattmüller und Andreas Staehelin erstmals wissenschaftlich mit jener Periode beschäftigte, die als das «Rote Basel» zu einem Begriff geworden ist. Stirnimanns Lizenziatsarbeit war die erste Publikation überhaupt, die sich mit jener Zeit der linken Basler Regierungstätigkeit zwischen 1935 und 1950 beschäftigt. Sie wurde veröffentlicht und stiess auf ein derart grosses Interesse, dass sogar eine zweite Auflage gedruckt werden musste, was für eine studentische Untersuchung ungewöhnlich ist. Später setzte er mit seiner Dissertation «Der Weg in die Nachkriegszeit 1943–1948» seine Studien zu diesem spannenden Kapitel der Basler Sozial- und Politgeschichte fort.

Akzent Magazin: Beim Begriff «Rotes Basel» handelt es sich offenbar um eine Fremdzuschreibung. Die regierenden Sozialdemokraten sprachen lieber vom «Sozialen Basel». Ist damit dasselbe gemeint?

Charles Stirnimann: *Es wäre falsch, die beiden Begriffe synonym zu verwenden. Den Sozialdemokraten ging es darum, in einer Zeit der Not und Wirtschaftskrise das «Soziale Basel» mit seiner fortschrittlichen Bildungs- und Sozialpolitik zu erhalten, es gegen die Abbaupläne des bürgerlichen Lagers zu verteidigen. Die Anfänge des «Sozialen Basel» liegen im späten 19. Jahrhundert. Es wurde dann bis in die frühen 1930er-Jahre ausgebaut. Das Verdienst daran gebührt primär einer Achse von Sozialdemokraten und Radikaldemokraten, die oft von kommunistischen und gelegentlich auch von katholischen Politikern gestützt wurde. Das Umfeld dafür war günstig. In Basel gibt es eine lange Tradition eines Bürgertums, das, teilweise auch pietistisch geprägt, bereits im 19. Jahrhundert eine bestimmte Sensibilität gegenüber sozialen Fragen entwickelt hatte. Vor allem aber gab es eine starke Arbeiterbewegung, die sich in Basel schon sehr früh und mit Nachdruck meldete.*

Bild oben
1978: Charles Stirnimann anlässlich der 1.-Mai-Feier

Akzent Magazin: Im Unterschied zum modernen sozialstaatlichen Verständnis hatte die von Ihnen angesprochene bürgerliche Sozialfürsorge gegenüber der Arbeiterschaft eine paternalistische Dimension, deren Wurzeln im mittelalterlichen Almosenverständnis zu finden sind …

Charles Stirnimann: *Almosen und Freiwilligkeit sind nicht per se schlecht, wenn diese Haltung so gelebt wird, wie das in Basel der Fall war. Das hat auch mit staatsbürgerlichem Bewusstsein zu tun. So war Basel eines der ersten Gemeinwesen in der Schweiz, das progressive Steuern einführte, und zwar bereits um 1840 unter dem alten, konservativen Ratsherrenregiment. Das ist durchaus beachtenswert.*

Akzent Magazin: Inwiefern waren auch der Landesstreik von 1918 und der Generalstreik von 1919 Anlass für eine fortschrittliche Sozialpolitik?

Charles Stirnimann: *Tatsächlich muss man für die Zeit am Ende des Ersten Weltkrieges von einem sozialen Desaster sprechen. Auch in der Schweiz, auch in Basel. Es gab massgebende Kreise in den bürgerlichen Parteien, welche die beiden Streiks als Fanal, als Warnung begriffen und erkannten, dass etwas geschehen musste. Bei den Radikaldemokraten (Freisinnigen) existierte ein starker linksliberaler Flügel, der in den 1920er-Jahren für eine Reformpolitik in der Bildung und im Sozialwesen ansprechbar war. Das galt aber weniger für das liberal-konservative Bürgertum und die Liberale Partei, welche die soziale Bewegung am Ende des Ersten Weltkrieges als Revolutionsversuch interpretierten.*

Akzent Magazin: Der Kanton Basel-Stadt, schreiben sie in ihrem Buch «Das Rote Basel», habe lange vor dem Bund eine Pionierrolle in der staatlichen Sozialpolitik eingenommen und damit den Ruf des «Sozialen Basel» begründet. Worauf spielen Sie an?

Charles Stirnimann: *Das Fabrikgesetz von 1869 brachte den 12-Stunden-Arbeitstag (an sechs Arbeitstagen) und das Verbot der Kinderarbeit. 1890 folgte die unentgeltliche ärztliche Behandlung einkommensschwacher Personen in der Poliklinik. 1909 wurde eine öffentliche Arbeitslosenkasse gegründet und 1914 entstand die Öffentliche Krankenkasse (ÖKK). Das Arbeitsgesetz von 1920 dehnte die 48-Stunden-Woche, über die der eidgenössischen Gesetzgebung unterstellten Fabrikbetriebe hinaus, auch auf die meisten gewerblichen Unternehmen aus. 1932 trat ein kantonales Feriengesetz in Kraft. Ein epochales Werk schliesslich war die Einführung der kantonalen obligatorischen Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) im Jahre 1932.*

Akzent Magazin: Weshalb war Basel 1935 reif für eine rote Regierungsmehrheit?

Charles Stirnimann: *Dafür gibt es vier Hauptgründe. Zum Ersten: Betrachtet man die Bedeutung der Arbeiterschaft, so wäre schon früher eine linke Regierungs- oder Parlamentsmehrheit denkbar gewesen. Dass das nicht der Fall war, hat auch mit der Spaltung der Arbeiterbewegung zu tun. Die war in Basel besonders ausgeprägt und folgenreich. Einmalig für die Schweiz bewegten sich in Basel in der Zwischenkriegszeit die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei auf Augenhöhe. Sie haben sich bis zu einem gewissen Grad denn auch gegenseitig blockiert. Erst 1935 unterstützten die Kommunisten die SP-Regierungskandidaten loyal. Zum Zweiten war man in Basel aufgrund der Grenzlage speziell mit dem Nationalsozialismus konfrontiert, was bis weit in bürgerliche Kreise hinein Abwehrkräfte mobilisierte. Am augenfälligsten wurde das 1933 bei den tumultartigen Protesten gegen die Hakenkreuzfahne am Badischen Bahnhof, die in eigentliche Strassenschlachten mit der Polizei ausarteten. Zum Dritten handelten die bürgerlichen Parteien mit ihrer Sechserliste für die Regierungsratswahlen von 1935 ausgesprochen unklug, als sie zur Abwahl des «marxistischen» Fritz Hauser aufriefen. In Tat und Wahrheit gehörte der populäre Hauser zu den reformorientierten Sozialdemokraten. Er prägte von 1919 bis 1941 die gesamte Bildungs-, Kultur- und Sportpolitik in Basel. Zum Vierten aber war 1935 das fünfte Jahr einer sich verschärfenden Krise, die Jahr für Jahr mehr Menschen in soziale Not und Verzweiflung trieb.*

Akzent Magazin: Seit dem VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale von 1928 wurden die Sozialdemokraten von der KP als «Sozialfaschisten» bezeichnet. Weshalb liessen sich die Kommunisten nun plötzlich in ein linkes Bündnis einbinden?

Charles Stirnimann: *Dass die Arbeiterschaft 1933 auf die Machtergreifung der Nazis nicht kämpferisch zu reagieren vermochte, war in hohem Masse der Spaltung geschuldet. Die Theorie von den Sozialdemokraten als Hauptgegner der Arbeiterschaft, welche die Klassengegensätze verschleiern würden, lebte zwar nur wenige Jahre, hat aber viel Schaden angerichtet. Bei der Linken wuchs dann zusehends die Einsicht, dass der gegenseitige Konfrontationskurs vor dem*

Hintergrund der furchtbaren Entwicklung in Deutschland und in Österreich geradezu unsinnig war. Das führte innerhalb der Arbeiterschaft zur Überzeugung, dass man sich unter der Fahne des Antifaschismus zu einem defensiven Bündnis finden müsse. Letztlich räumte die Komintern bereits im Vorfeld des VII. Weltkongresses mit der Sozialfaschismusthese auf und propagierte die Volksfrontstrategie, wonach man nicht nur die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, sondern auch mit dem linksbürgerlichen Lager suchen müsse. Ein Beispiel dafür war der erfolgreiche «Front populaire» in Frankreich unter Léon Blum. In dieser politischen Grosswetterlage gelang es dem damaligen SP-Parteisekretär Friedrich Schneider, die Kommunisten zu überzeugen, die Viererliste der Sozialdemokraten im Kampf um die Regierungsmehrheit zu unterstützen.

Akzent Magazin: Weshalb beanspruchten die Kommunisten nicht einen Platz auf der linken Viererliste, wie dies ihrem Stärkeverhältnis entsprochen hätte?

Charles Stirnimann: *Überall in den kommunistischen Parteien gab es Grundsatzdebatten darüber, ob es sinnvoll sei, Regierungsverantwortung zu übernehmen. In der Regel wurde dies eher verneint. Auch in Basel erschien es den Kommunisten viel wichtiger, das Parlament als politische Plattform für die Propagierung der eigenen Forderungen zu benutzen.*

Akzent Magazin: Bei den Regierungsratswahlen von 1935 stiessen der Lehrer Fritz Ebi und der Gewerkschaftssekretär Fritz Brechbühl zu den beiden bisherigen SP-Vertretern Fritz Hauser und Gustav Wenk. Ihnen wurde nun, gemeinsam mit den beiden Liberalkonservativen Adolf Im Hof und Carl Ludwig sowie dem Radikaldemokraten Edwin Zweifel die Geschicke des Stadtkantons in einer schwierigen Zeit anvertraut. Wie ist der Leistungsausweis dieser mehrheitlich linken Regierung zu beurteilen?

Charles Stirnimann: *Die Gesamtbilanz ist positiv. Das Programm, das die Linke zum Sieg geführt hatte, war defensiv. Im Kern ging es darum, in einer Zeit der Wirtschaftskrise die sozialen Errungenschaften zu bewahren, die schon vor 1935 erreicht worden waren. Das ist weitgehend gelungen. Die bürgerliche Abbaupolitik konnte sich nicht durchsetzen. Im «Roten Basel» entspannte sich zudem das Verhältnis zwischen Staat und Arbeiterschaft. Der Wandel im Erscheinungsbild der Polizei von der mit martialischen Säbeln ausgestatteten «bürgerlichen Ordnungs- und Schlägertruppe», wie es in der Linkspresse hiess, zu einem korrekt geführten Korps war von grosser Bedeutung. Die neue Uniform nach dem Vorbild des englischen «Bobby» brachte diesen Wandel bildhaft zum Ausdruck. In Erinnerung geblieben sind aber vor allem die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Regierung. Dazu gehörte der Arbeitsrappen, eine Sondersteuer auf dem Arbeitseinkommen. Das Geld wurde in die Bauwirtschaft investiert. Damals entstanden unter anderem das Hafenbecken II in Kleinhüningen, das Kollegiengebäude der Universität und der Spiegelhof, was für viele Stellenlose Brot und Lohn bedeutete. Gerade die Arbeitspolitik führte dazu, dass ab 1938 auch gewerbliche Kreise, die davon profitierten, die SP-Regierungsräte unterstützten.*

Akzent Magazin: Auch wenn die Wähler der linken Mehrheit bis 1950 an der Urne immer wieder neu das Vertrauen aussprachen, so herrschte in der übrigen Schweiz nicht nur eitel Freude über das «Rote Basel». Sie zitieren die NZZ vom 9. April 1935: «Man wird sich auch in Bern darüber im Klaren sein, dass ein den Kommunisten verpflichtetes rotes Regime im Kanton Basel-Stadt einen innen- und aussenpolitischen Gefahrenherd darstellt, der nicht aus den Augen gelassen werden darf.»

Charles Stirnimann: *Natürlich gab es vielerorts grosse Vorbehalte gegen die rote Regierung am Rheinknie. Aber es existierten auch linksbürgerliche Kreise, welche die moderate Reformpolitik durchaus mit Sympathie verfolgten. Im bürgerlichen Milieu der Romandie hingegen, damals stark rechtslastig, war man schockiert und bereits durch das «Rote Genf» der «Nicole-Sozialisten» von 1933 bis 1935 geradezu traumatisiert. Dazu kam die Angst vor der Volksfront im benachbarten Frankreich. Es sei daran erinnert, dass Benito Mussolini im Jahre 1937 den Ehrendoktor der Universität Lausanne erhalten hat. Besonders gehässig waren naturgemäss auch die Reaktionen im benachbarten Deutschland, wo man das selbstbewusste Auftreten Basels gegenüber dem Dritten Reich nicht goutierte und die Stadt Basel als Hort der «bolschewistisch-jüdischen Weltverschwörung» diffamierte.*

Akzent Magazin: Seit dem Landesstreik galt die Sozialdemokratie als armeekritisch, wenn nicht gar armeefeindlich. Spielte dies in der Periode des «Roten Basel» eine Rolle?

Bild oben
Ein Basler «Bobby»

Charles Stirnimann: *Nein. Seit dem Luzerner Parteitag der SPS von 1935 stand man klar und unmissverständlich zur Landesverteidigung. Angesichts der Bedrohung durch den deutschen Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus gab es schon im Vorfeld des Spanischen Bürgerkrieges (1936–1939) zur Frage der militärischen Landesverteidigung keine ernsthafte Debatte mehr. Für einen Linken war es selbstverständlich, dass er seine Bürgerpflicht auch als Wehrmann erfüllte.*

Akzent Magazin: 1941 starb mit Fritz Hauser der wohl wichtigste SP-Repräsentant in der Regierung. Sein Sitz ging an Carl Miville-Jauz, der 1944 in die Partei der Arbeit (PdA) übertrat, die Nachfolgeorganisation der 1940 verbotenen Kommunistischen Partei. Hat das die Regierungsarbeit wesentlich verändert?

Charles Stirnimann: *Eher nein, zumindest während des Krieges nicht. Die Exekutive wollte sich nicht primär als links positionieren, sondern als Kantonsregierung, die kriegswirtschaftliche Massnahmen sozial und verantwortsbewusst durchführte. Tatsächlich nahmen wichtige Teile der Arbeiterschaft sie nicht mehr als rot wahr. In dieser Situation fühlten sich ab 1943 aktivistische Kräfte in der SP nicht mehr zu Hause und gründeten mit den Kommunisten deshalb PdA. In ihrer Frühzeit hatte diese durchaus den Charakter einer linkssozialistischen Volkspartei, die auch Intellektuelle und engagierte Frauen anzog. Ihre wichtigste soziale Basis aber war die Chemiearbeiterschaft. Die PdA schien während der kurzen Phase von 1944 bis 1948 der SP als Interessenvertreterin der Arbeiterschaft den Rang abzulaufen. Bei den Grossratswahlen 1947 errangen die beiden Linksparteien beinahe das gleiche Ergebnis: 31 Sitze für die PdA, 32 für die SP. Carl Miville-Jauz, der Vater des späteren SP-Ständerates, wurde übrigens 1947 nochmals gewählt und trat dann 1950 nicht mehr zur Wahl an.*

Akzent Magazin: Der frei gewordene PdA-Sitz ging an Alfred Schaller, den Kampfkandidaten der Radikal-Demokraten. Ab 1950 gab es nur noch drei SP-Regierungsräte. Nach aussen markiert dies das Ende des «Roten Basel». Wie wurde diese Zäsur in der Bevölkerung empfunden?

Charles Stirnimann: *Das war nicht gross spürbar. Es gab damals zwei wirkungsmächtige Elemente: den Kalten Krieg einerseits und einen wirtschaftlichen und sozialen «Take-off». Die Kommunisten wurden marginalisiert. Die Arbeiterschaft beschäftigte sich vor allem mit sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Fragestellungen. Tatsächlich ging es in den Nachkriegsjahren auch dem kleinen Mann laufend besser. Was damals an Wohlstand und sozialer Absicherung unter kapitalistischer Vorherrschaft realisiert wurde, war historisch beispiellos. Was Basel betrifft, so gehörte Alfred Schaller, der für Sozial- und Bildungsreformen eintrat, zum linksliberalen Flügel seiner Partei. Bereits vor seiner Wahl in die Exekutive hatte er im Zusammenhang mit dem für den Arbeitsfrieden bedeutsamen Gesamtarbeitsvertrag in der chemischen Industrie zugunsten des Wandels der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern interveniert. Dieser GAV brachte nicht nur höhere Löhne, Kündigungsschutz und erhöhten Ferienanspruch, sondern auch die Schaffung von Arbeiterkommissionen in den Betrieben. Schaller, das war deutlich, engagierte sich für die Fortsetzung der Politik des «sozialen Basel». Dadurch wurde der Verlust der roten Regierungsmehrheit von den Wenigsten als Bruch wahrgenommen.*

Akzent Magazin: Herr Stirnimann, wir bedanken uns für das Gespräch.

Quellen
Charles Stirnimann: Die ersten Jahre des «Roten Basel» 1935–1938, Reinhardt Verlag, Basel 1988.
Charles Stirnimann: Der Weg in die Nachkriegszeit 1943–1948. Ein Beitrag zur politischen Sozialgeschichte des «Roten Basel», Reinhardt Verlag, Basel 1992.
Charles Stirnimann/Rolf Thalmann: Weltformat. Basler Zeitgeschichte im Plakat, Christoph Merian Verlag, Basel 2001.